

Im Gespräch | 14.11.2019

Klimanotstand in Köln – Gespräch mit Prof. Dr. Harald Rau

Wir haben eine große Transformation vor uns



Prof. Dr. Harald Rau ist Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt bei der Stadt Köln.

Foto: Stadt Köln Prof. Dr. Harald Rau ist Beigeordneter für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen der Stadt Köln. Die Stadt bekannte sich mit Ausrufung des Klimanotstands am 9. Juli zu den ehrgeizigen Pariser Klimazielen. Im Rahmen des Regionalforums Kommunalen Klimaschutz [#RKK19](#) in Köln skizzierte Rau als Referent, welche Wege Köln nun sucht, um die Ziele zu erreichen, und welche Hürden sich bereits abzeichnen. Im Gespräch mit der EnergieAgentur.NRW erklärt der Umweltdezernent, welche Maßnahmen in Köln nun aktuell geplant sind.

Der Rat der Stadt Köln hat am 9. Juli den Klimanotstand ausgerufen – womit die Stadt bestätigt, dass die Eindämmung des Klimawandels in der städtischen Politik eine hohe Priorität besitzt und zukünftig bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten ist. Was bedeutet es konkret, dass die Stadt Köln den Klimanotstand ausruft? Woher kommt das starke Engagement der Stadt für den Klimaschutz?

Ich denke, die politische Stimmung, die „Fridays for future“-Bewegung und die damit entstandene Aufmerksamkeit haben dazu geführt, dass sich die Menschen in Stadtgesellschaft und Politik intensiviert mit dem Thema beschäftigen. In den letzten Monaten ist ein regelrechtes Erschrecken

passiert, sowohl auf Bundesebene als auch auf Landes- und Kommunalebene. Wenn man sich die Emissionen anschaut, die Deutschland verursacht, ist dies auch berechtigt. Auch die Stadt Köln hat eine erschreckende – datenbasierte – Erkenntnis gewonnen. Seit Anfang der 1990er Jahre bis zum Jahr 2015 verläuft die Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf den ersten Blick linear. Wenn man aber genauer hinsieht, erkennt man, dass von 2008 bis 2015 nahezu gar nichts mehr passiert ist. Die Konsequenz, die wir als Stadt haben, ist daher: Wenn wir die Ziele von Paris wirklich einhalten wollen, dann dürfen wir nicht mehr weitermachen wie in den letzten 30 Jahren, sondern es muss ein wirkliches Umdenken, eine Transformation passieren.

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes haben Sie damit schon einen wichtigen Schritt getan. Was folgt daraus für Ihre Arbeit im Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen?

Der ausgerufenen Klimanotstand selbst ist nicht das große Ereignis, mit dem sich die Stadt nun rühmen sollte. Die daraus resultierenden Konsequenzen sollten es sein. Wir müssen uns jetzt die Frage stellen, was wir in jedem Emissionssektor konkret tun müssen, um die Ziele von Paris der Bundesregierung erreichen zu können. Da komme ich als Dezernent für das Thema Umwelt ins Spiel – hier beginnt sozusagen mein Engagement. Meine Aufgabe ist es nun, eine Maßnahmen-Kaskade zu entwickeln. Konkret heißt das, wir schauen uns an, was der Bund in den Sektoren Energie, Landwirtschaft, Mobilität, private Haushalte und Industrie an CO₂-Einsparzielen bis 2050 erstrebt und brechen diese auf Köln herunter. Beispielsweise heißt das für unsere Kommune, dass wir in den Bereichen Immobilien, Energie, Mobilität, Industrie und Landwirtschaft gegenüber 1990 jeweils zwischen gut 30 und gut 60 % einsparen müssen. Kölns Oberbürgermeisterin hat zuletzt in Ihrer Haushaltsrede die Klimaneutralität Kölns deutlich vor 2050 als ihr Ziel formuliert. Das finde ich vernünftig, da wir schon bis 2030 im Vergleich zu 1990 mindestens 55 Prozent reduzieren müssten – um 2050 bei tatsächlicher Klimaneutralität anzukommen.

Wo müssen Sie konkret ansetzen um Treibhausgasemissionen zu reduzieren, zum Beispiel im Bereich Energie?

Ungefähr ein Drittel der verursachten Emissionen wird in Köln durch unsere eigene Tochter, die RheinEnergie, verursacht. Hier fängt es also an, spannend zu werden, da dies eine Schraube ist, die wir selber bewegen können. Wir müssen uns von allen fossilen Energiequellen weitaus schneller verabschieden als bisher geplant – also nicht nur raus aus der Kohle und dem Öl, sondern auch raus aus dem Gas und dann viel schneller und stärker rein in die Erneuerbaren. Dies bedeutet: wir müssen erhebliche Investitionen tätigen und die RheinEnergie dazu ermächtigen, ihre Gewinne in die notwendigen Transformationen zu investieren. Das hierfür notwendige Geld wird dann aber an anderer Stelle fehlen, zum Beispiel in den Kölner Verkehrsbetrieben und dem städtischen Haushalt. Und das zeigt, dass die Stadt nicht von Land und Bund allein gelassen werden darf. Für die vor uns liegenden großen und schnell erforderlichen Maßnahmen benötigen wir außerordentlich große Unterstützung durch Land und Bund.

Bei den Erneuerbaren hat Köln Potenzial im Bereich Photovoltaik. Wir müssen die PV-Situation in Köln erheblich verbessern. Ein PV-Kataster zeigt, dass im Stadtgebiet Köln genügend Fläche vorhanden ist, um so viele Solar-Panels aufzubauen, dass die Stromversorgung zu einem bedeutenden Teil gedeckt wäre; wenn die Energie aus der Photovoltaik gespeichert werden kann,

wird die Photovoltaik wahrscheinlich für die Stadt die führende regenerative Energieerzeugung sein.

Die privaten Haushalte sind ebenfalls ein riesiger Faktor in Bezug auf Kölns CO₂-Ausstoß: Welche Maßnahmen oder Investitionen sind im Gebäudesektor notwendig?

Der Gebäudesektor hat definitiv die größte Aufgabe vor sich, wenn wir wirklich die Pariser Ziele erreichen wollen. Klimaneutralität bedeutet im Immobilienbereich: Passivhausstandard. Aktuell fördert die öffentliche Hand über die KfW noch Standards, die in 30 Jahren schon wieder ersatzbedürftig sein werden, weil sie dann den Passivhausstandard einhalten müssen. Das zeigt die Kurzsichtigkeit der aktuellen Planung. Ich will nicht alle Verantwortung zum Bund schieben, denn auch Köln kann diese Nachbesserung vorantreiben. Nur müssen wir dafür so viel Geld einplanen, dass es für die Immobilienbesitzenden einen genügend großen Anreiz darstellt, energetisch zu sanieren und dass diese Sanierung auch sozial verträglich ist. Klar ist, dass ich für diese Beschreibung und Forderung keine Lorbeeren kriege – nötig bleibt es dennoch.

In Köln haben wir seit wenigen Jahren das Ziel, jährlich zwei Prozent der Altbauten zu sanieren. Bleiben wir bei diesem Stand, wären wir in 50 Jahren durch – das wäre dann das Jahr 2070. Wir müssen dieses Ziel also erheblich anpassen und die Förderbedingungen so gestalten, damit die wahrscheinlich notwendigen vier Prozent erreicht werden können und wir bis 2050 weitgehend alle Gebäude auf einem akzeptablen energetischen Standard haben. Die zur Refinanzierung oftmals durchgesetzten Mieterhöhungen müssen wegen des sozialen Aspekts über Förderungen abgefedert werden.

Was bedeutet die Erreichung der Pariser Klimaziele für zukünftige Bauprojekte der Stadt Köln oder insgesamt für die Bodenpolitik? Dass nicht mehr die günstigste sondern die klimafreundliche (aber vielleicht teure) Option gewählt wird?

Wir verabschieden uns zunehmend davon, dass die Stadt Grundstücke an den meist bietenden verkauft und damit Geld verdient. Es muss zukünftig so funktionieren, dass wir an Investoren verkaufen oder ihnen Grundstücke per Erbpacht zur Verfügung stellen, die sowohl nachhaltig als auch gemeinwohl-orientiert sind. Moderne Bodenpolitik muss Umwelt- und Sozialpolitik sein. Ich weiß, dass auch das die Stadt Geld kostet. Grundsätzlich müssen wir deswegen auch über neue mögliche Einnahmequellen nachdenken, z. B. eine neue Umwelt- oder Kommunalsteuer, die uns das Programm ermöglicht und das Verhalten der Menschen in die richtige Richtung lenkt. Immer mehr Organisationen und Fachleute denken in diesem Zusammenhang über eine Maut nach, die keine flat-rate darstellt, sondern anhand der Kilometer oder des Flächenverbrauchs und der Luftverschmutzung und Klimaschädlichkeit berechnet wird. Auch denken immer mehr über eine Stadteinfahrsteuer, eine City-Maut, nach. Ich bin mir sicher: Das vor uns liegende Klimaschutzprogramm braucht eine hinreichende finanzielle Ausstattung, und wir benötigen Steuern, die sowohl die Transformation bezahlen wie auch auf sozial gerechte Weise das umweltfreundliche Verhalten belohnen.

Bleiben wir beim Stichwort Mobilität: Die Stadt Köln hat im Juni 2019, gemeinsam mit der RheinEnergie AG, das Förderprogramm SmartCity Cologne GO ins Leben gerufen. Um was handelt es sich dabei und welcher Gedanke steckt dahinter?

Das Projekt SmartCity Cologne GO ist eine Art Plattform, die Industrie und Verbraucher dazu einlädt, verschiedene Modelle und Ideen auszuprobieren, die später skalierbar sind. Es richtet sich vor allem an Unternehmen und Start-Ups. Aber auch Einzelpersonen können recht unkompliziert Förderungen für ihre Idee beantragen. Ein Teil des Projekts ist es zum Beispiel Logistik neu zu denken und in den Lieferkaskaden verschiedene Logistik-Modi zu erproben.

Über Veränderungen im Bereich Mobilität wird aktuell mit am meisten diskutiert. Wie sieht es mit Maßnahmen in Köln aus?

Darüber wird zurecht am meisten diskutiert. Denn in diesem Sektor hat sich am wenigsten getan in den letzten Jahren. Die Zahl zugelassener KFZ in Köln hat sogar einen Höchststand erreicht. Maßnahmen, die vorangetrieben werden, sind wie überall die Stärkung des Verkehrsverbunds – also mehr ÖPNV, mehr Fußgänger- und Fahrradverkehr, der Ausbau von Park & Ride oder die Elektrifizierung von Buslinien. Im Rahmen der Luftreinhaltung werden Express-Buslinien und Express-Fahrbahnspuren geplant und realisiert. Die RheinEnergie installiert 400 öffentliche Ladesäulen. Zur Stärkung der Ladeinfrastruktur brauchen wir auch eine Modifikation im Wohnungseigentümergebot, was auf Bundesebene bearbeitet wird. Derzeit ist es so, dass jemand, der in einem Mehrfamilienhaus wohnt nicht einfach eine Ladestation bauen kann, da alle Eigentümer zustimmen müssen – das will der Gesetzgeber ändern. Allerdings: der Wechsel der Antriebstechnologie von Verbrenner hin zu elektrisch per Batterie oder Brennstoffzelle macht die Mobilität einer Großstadt noch nicht intelligent.

In unserem Klimaschutzprogramm Köln KlimaAktiv 2022 ist dargestellt, dass zur Erreichung der Pariser Klimaziele in Köln schon bis 2030, also bis in 10 Jahren, der Anteil des Individualverkehrs auf 11 Prozent zurückgehen müsste. Ich trete dafür ein, diesen Ehrgeiz zu entwickeln.

Wie groß schätzen Sie die Bereitschaft der Kölnerinnen und Kölner ein, sich aktiv an der Reduktion von Emissionen zu beteiligen? Ist der Effekt groß genug, um auch Wirtschaft und Politik langfristig in diese Richtung zu bewegen?

Ich nehme wahr, dass es eine zunehmende Stimmung zu mehr Klimaschutz-Maßnahmen in der Bevölkerung gibt. Dieser Rückenwind, der aus der Bevölkerung kommt, setzt sich aber noch nicht konsequent genug in der Politik durch. Da nehme ich noch zu viel Verhaltenheit wahr.

Grundsätzlich sage ich aber voller Überzeugung: Wir haben eine große Transformation vor uns. Das ist eine Chance, nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Und der Klimaneutralitäts-Fahrplan bietet Anreize für eine Industrietransformation, die zwar am Anfang auch Investitionen braucht – aber die auch eine Chance ohnegleichen bedeutet. Deswegen plädiere ich so stark für eine Wirtschaftsförderung, die die Ansiedlung und Stärkung der Nachhaltigkeitsindustrie vorantreibt. Jeder, der eine Idee zu mehr Nachhaltigkeit hat und der sich ausprobieren will und diese Idee anschließend skalieren lässt, ist herzlich willkommen, nach Köln zu kommen. Und auf diese Weise würden wir eine Transformation hinkriegen, die wir auch

brauchen. Da habe ich aber auch die Sorge, dass die Wirtschaft nicht zuversichtlich genug ist und wünsche mir von der Landes- und Bundesregierung, mit mehr Mut voranzugehen.

Mein größter Wunsch ist es, dass unser Bundesland NRW und seine Kommunen sich ernsthaft und kraftvoll an die große Transformation machen. Das Ziel ist die Klimaneutralität 2050 und damit Ausgangspunkt für eine nachhaltige Industrie und Gesellschaft. Eine Kommune ist nicht dann eine gute Kommune, wenn sie nur den Klimanotstand ausruft; eine gute Kommune ist erfolgreich, wenn sie Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung unmissverständlich als leitendes Ziel anstrebt und entschieden Transformationen in dieser Richtung betreibt. Die Belohnung wird großartig sein.